

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

**Förderung von Projekten zur Vermeidung
von Langzeitarbeitslosigkeit
Gewährung eines Zuschusses in Höhe von
10.000 € für die Fahrradservicestation des
Vereins zur beruflichen Integration und
Qualifizierung**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. September 2008

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	24.09.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit stimmt der Gewährung eines Zuschusses im Jahr 2008 in Höhe von 10.000 € an den Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung zum Betreiben seiner Fahrradservicestation am Heidelberger Hauptbahnhof zu.

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Projektbeschreibung „Fahrradservicestation am Hauptbahnhof“ (Vertraulich – nur zur Beratung im den Gremium!)

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 24.09.2008

Ergebnis: einstimmig beschlossen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 12	+	(Wieder)eingliederung ins Erwerbsleben und neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen Begründung: Im Projekt „Fahrradservicestation“ des Vereins zur beruflichen Integration und Qualifizierung werden Menschen nach langer Abwesenheit aus der Arbeitswelt qualifiziert. Erfahrungen der Arbeitswelt werden praxisnah vermittelt. Ziel/e:
AB 14	+	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben Begründung: Das Projekt beschäftigt langzeitarbeitslose Menschen. Ziel/e:
SOZ 1		Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Das Projekt dient dazu, Menschen ein durch Arbeitseinkommen finanziertes Leben zu ermöglichen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Der Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, in verschiedenen Projekten langzeitarbeitslose Menschen praxisnah zu qualifizieren und in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf diesem Gebiet kann er langjährige Erfahrungen vorweisen.

Mit dem neuen Projekt „Fahrradservicestation“ sollen langzeitarbeitslose Menschen im Bereich Zweiradmechanik qualifiziert werden. Die Teilnehmer erhalten zunächst im Projekt „Radhof“ des Vereins zur beruflichen Integration und Qualifizierung eine Grundqualifizierung. Danach wechseln sie zur Fahrradservicestation am Heidelberger Hauptbahnhof. Neben der fachlichen Qualifizierung werden Schlüsselqualifikationen wie Sorgfalt, Pünktlichkeit, Teamarbeit und soziale Kompetenz vermittelt. Der Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung unterstützt die Teilnehmer bei Bewerbungsbemühungen durch Bewerbungstraining und Erstellen einer Bewerbungsmappe sowie bei der Job-Akquise.

Beabsichtigt ist auch, in der Fahrradservicestation Dauerarbeitsplätze für einen Teil der Teilnehmer zu schaffen.

Neben den Zielen zur Beschäftigung sind weitere Ziele des Projekts die Verbesserung der Abstellsituation auf dem Bahnhofsvorplatz und die Reduzierung der defekten Räder im Umfeld des Bahnhofs durch ein kostengünstiges Reparaturangebot an die Besitzer.

Die Mittel für einen Zuschuss in Höhe von 10.000 € sind durch frei gewordene Mittel im Haushaltsplan 2008 im Teilhaushalt 16, Amt für Chancengleichheit, vorhanden. Das Projekt „Gemmer“ des Vereins zur beruflichen Integration und Qualifizierung erhielt durch Beschluss des

Haupt- und Finanzausschusses vom 16.01.2008, Drucksache 0439/2007/BV, Zuschussmittel in Höhe von 25.000 € bewilligt. Diese Mittel sind frei geworden, nachdem es der Geschäftsführung des ESF-Arbeitskreises gemeinsam mit dem Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung gelungen ist, KOLIPRI-Fördermittel aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes einzuwerben.

gez.

Wolfgang Erichson